

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Gehört die Invalidenunterstützung in den Aufgabekreis unserer Organisation?

Da diese Frage in unsern Mitgliederversammlungen bei der jetzt vorzunehmenden Urabstimmung heiß umstritten ist, erscheinen die nachstehenden grundsätzlichen Ausführungen zur Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung notwendig zu sein.

Die Gründung der deutschen Gewerkschaften erfolgte als Gegenpol gegen die maßlose Ausbeutung der Unternehmer. Das beispiellose Elend, das in der Zeit der Organisationslosigkeit in der deutschen Arbeiterchaft herrschte, ist unter anderem in dem ergreifenden Schauspiel Gerhard Hauptmanns „Die Weber“ festgehalten. Verpfändungen von Philantropen rüttelten auch in Deutschland das Gewissen der Öffentlichkeit wach. Die jungen Arbeiterorganisationen wollten aber keine Wohltätigkeit und kein Mitleid, sondern Rechte von der bestehenden Gesellschaft.

Der Einzelarbeitsvertrag, noch schlechter aussehend als die heutigen Lehrverträge, war vorherrschend. Da immer der Unternehmer der wirtschaftlich stärkere war, bildete gerade dieses Vertragsystem die Grundlage der Ausbeutung des Arbeiters. Mit dem Erstarken der Gewerkschaften (Arbeiterchaften hießen sie in den Anfängen) setzte die Bewegung auf Abschluß kollektiver Arbeitsverträge ein. Zunächst entstanden Tarifverträge auf örtlicher Grundlage. Daraus entwickelten sich in einer Reihe von Gewerben Bezirksarbeitsverträge, ferner die teilweise heute noch bestehenden Reichstarife. Auch die Tarifverträge wurden innerhalb der Arbeiterchaft heiß umstritten. Man behauptete, daß dadurch der Klassenkampf verwischt würde. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den einzelnen Betrieben würde hingegen durch die Tarifverträge gefestigt, das alleinige Bestimmungsrecht des Unternehmers, der „Herr im Hause Standpunkt“, beseitigt. Nach der Revolution von 1918 setzte in den Gewerkschaften eine verstärkte Tätigkeit für den Abschluß von Tarifverträgen ein. Viele Berufe und Industrien, denen es in der Vorkriegszeit nicht möglich war, Tarife abzuschließen, kamen nach 1918, teilweise unter staatlicher Hilfe, erst zu Tarifverträgen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wurde mit allen Mitteln zu befestigen versucht. Das erste Gesetz, das die Mitbestimmung des Arbeiters im Betrieb regelte, kam 1922 als Betriebsratsgesetz zustande. Vielfach wird aber bis heute von diesem Gesetz, trotzdem es eine Erweiterung erfahren hat, nicht der richtige Gebrauch gemacht. Durch die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses von 1928 soll nunmehr das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt werden. Wie immer, so werden auch diese Bestrebungen auf Demokratisierung der Wirtschaft von einem Teil der eigenen Klassengenossen in falsch verstandenem Klasseninteresse bekämpft.

Nun wissen wir aber, daß eine sozialistische Wirtschaftsform niemals durch die Gesetzgebung diktiert werden kann. Bei jedem denkenden Gewerkschafter steht fest, daß es viele Wege zu ihrer Verwirklichung gibt. Wir haben zum Beispiel in Deutschland die Eigenhilfebestrebungen der Arbeiterchaft hoch entwickelt. Die Arbeiterbank besteht mit über 90 Millionen Mark Kapital. Der Verband sozialer Baubetriebe mit 4 Millionen Mark Eigenkapital betreut die sozialen Baubetriebe, die 26 000 Beschäftigte aufweisen und über 5 Millionen Mark Eigenkapital haben. Über 3 Millionen Verbraucher sind in den Konsumvereinen organisiert. Die Konsumvereine wollen aber nicht nur Ware an ihre Mitglieder verkaufen, sondern vor allem die genossenschaftliche Eigenproduktion fördern. Das ist auch bis zu einem gewissen Grade bereits gelungen in den Betrieben der GEG. (Streichholzfabrik, Seifenfabriken, Teigwaren, Tabak usw.) Die Volkspflege, ein Unternehmen auf gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Grundlage, als wahrhaftes Unternehmen des Volkes, ist ein Damm gegen die Alleinherrschaft der kapitalistischen Versicherungsgesellschaften. Die Bestrebungen der Arbeiterchaft auf Kommunalisierung und Verstaatlichung öffentlicher Betriebe sind zu einem guten Teile gefördert. Das alles ist aber noch kein Sozialismus in unserm Sinne, liegt aber im Rahmen der Bestrebungen zur Erreichung desselben und bedeutet Zurückdrängung privatkapitalistischer Wirtschaftsmethoden.

Aus all dem Vorhergesagten ist ersichtlich, daß die Arbeiterbewegung nie eine reine Lohnbewegung war. Die Gewerkschaften waren von Anfang an keineswegs nur reine

Streikvereine. Vielmehr war ja auch die Anwendung von Streiks zunächst sehr umstritten. Lohnerrhöhungen wurden und werden heute noch vielfach durch Preissteigerungen illusorisch gemacht. Das Ziel der Gewerkschaften aber ist die Förderung des Allgemeinwohls, nicht das nackte Profitinteresse soll in der Wirtschaft dominieren.

Eine freie Wirtschaft besteht heute längst nicht mehr. Die Autokratie sogenannter Wirtschaftsführer zeigt sich gegenwärtig ja am besten darin, daß 12 Großunternehmer unter Mißachtung des Staates darüber entscheiden, ob 280 000 Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern dem Hunger überantwortet werden. Die Gewerkschaften haben diese Macht der kapitalistischen Unternehmer erkannt und deshalb

**E**inzeln ist der Mensch ein schwaches Wesen, aber stark in Verbindung mit andern. Einsam mühet er sich umsonst. Ein Blick des Freundes in sein Herz, ein Wort seines Rates, seines Trostes weihet und hebt ihm den niedrigen Himmel, rückt ihm die Decke des Trauerns hinweg.

HERDER.

ja auch ihr Kampf gegen die Auswüchse der Kartelle, Syndikate und Trusts. Nach den Wünschen der Unternehmer soll die Befreiung der deutschen Volkswirtschaft vom Auslandskapital durch Niedrighaltung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit unter Verschlechterung sozialpolitischer Einrichtungen vor sich gehen. Der Hansabund, der ja noch immer für die Freiheit der Wirtschaft eintritt, wo keine mehr vorhanden ist, hat sich kürzlich gegen die Kapitalansammlung in den öffentlichen Sparkassen (also gegen die Sparer) ausgesprochen. Das Eigenkapital der deutschen Volkswirtschaft soll also durch Lohndruck unter andern Verschlechterungen wieder erstehen.

Außerordentlich gering ist heute der Einfluß der Parlamente auf die Wirtschaft. Deshalb muß die Arbeiterchaft endlich den richtigen Gebrauch von ihren Rechten machen. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, so heißt es in der Reichsverfassung. Bis zur Verwirklichung dieser Worte scheint aber in Anbetracht der parteipolitischen Zersplitterung der deutschen Arbeiterchaft noch ein sehr weiter Weg zu sein. Sollen nun Entscheidungen der Parlamente, die gegen das Gemeinwohl gehen, abgewehrt werden, dann müssen in dem heutigen Wirtschaftskörper demokratische Kräfte eingeschaltet werden. Dieser richtige Gebrauch unserer Macht mit gleichzeitiger ernsthafter Förderung der Bildungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterchaft wird dann endlich den Arbeiter vom Objekt zum Subjekt in der Wirtschaftsführung machen. Der Verwirklichung des sozialistischen Gedankens kommen wir dadurch zweifellos näher.

So wenig wie die Arbeiterbewegung in diesen allgemeinen Fragen eine reine Lohnbewegung ist, war sie es in Fragen der Sozialpolitik. Fälschlicherweise wird heute behauptet, die Gewerkschaften hätten immer den Standpunkt vertreten, daß der Staat die Pflichten der Sozialpolitik übernehmen soll. Dagegen beweist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung das genaue Gegenteil. Ein gefährliches Beginnen ist bloß die Ueberschätzung der Macht der organisierten Arbeiterchaft. Gewiß, wir brauchen uns heute nicht mehr verstecken, aber wieviel falsche Hoffnungen würden nicht geweckt, wenn wir uns immer der richtigen Einschätzung unserer Kraft bewußt wären. Im Jahre 1917 erreichten die Gewerkschaften die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung von 70 auf 65 Jahre. Die neueren Forderungen lauten auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre und Erhöhung der Renten. Diese Forderungen sind doch zweifellos deshalb bis heute nicht durchgesetzt, weil das die parlamentarischen Machtverhältnisse nicht zuließen. Wer nun aber glaubt, daß dieser Einfluß auf die Sozialpolitik in nächster Zeit größer würde, der kennt eben die politischen Kräfteverhältnisse nicht. Ob bewußt oder unbewußt, wollen also diejenigen keine Hilfe für die Invaliden, die hier die Hilfe des Staates verlangen. Demgegenüber sagen nun die Gewerkschaften, daß die Worte „Solidarität und Brüderlichkeit“ nie Schlagworte in der Arbeiterbewegung waren. Für diejenigen, die heute ihre

Arbeitskraft eingebüßt haben, muß also die Hilfe der Andern in Anspruch genommen werden. Diese Forderung ist auch voll berechtigt, denn die heute bestehenden Vertrags- und Lohnverhältnisse haben erst die Alten geschaffen. Sie haben für diese Regelung ganz andere Opfer auf sich nehmen müssen als die Jungen von heute. Wo wären wir wohl in den Entwicklungsjahren der Gewerkschaften geblieben, wenn wir uns früher an eine Beitragserhöhung von 20 % gestoßen hätten. Im Verhältnis zum Lohn ist ja auch der Nachkriegsbeitrag noch immer niedriger als vor dem Kriege. Richtig ist, daß die Sozialbeiträge höher und damit die Lohnabzüge größer geworden sind. Aber darauf schimpft man ja lange nicht so, als wenn die Gewerkschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben einige Groschen mehr verlangt.

Etwas ganz besonderes wollen wir ja nun auch mit der Einführung der Invalidenunterstützung nicht tun. Die Buchdrucker haben sie bereits seit dem Jahre 1866 und sie zahlen heute, bei ihrem an sich hohem Beitrag, wöchentlich 30 % extra für die Invaliden. Bei den Lithographen besteht die Invalidenunterstützung seit 1874, bei den Buchbindern seit 1907. Baugewerksbund und Lederarbeiter haben sie seit 1925 und seit 1927 die Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und der Verkehrsbund. Die Holzarbeiter haben sie trotz beständiger Opposition durch Urabstimmung mit 75 % Mehrheit eingeführt. In folgenden Verbänden ist sie außerdem beschlossen: Dachdecker, Fabrikarbeiter, Graphische Hilfsarbeiter, Schuhmacher, Metallarbeiter, Labakarbeiter, Sattler, Schweizer und Zimmerer. Führen wir nun die Unterstüttung nicht ein, so laufen uns zweifellos ein Teil Kollegen aus der Metall- und Holzindustrie davon. Viele Bedenken, die bisher in Versammlungen vorgebracht wurden, soll man allerdings nicht unterschätzen. Aber es handelt sich doch erst um einen Anfang! Keineswegs soll die jetzige Vorlage im Statut für alle Zeiten Changelium bleiben. Jeder Verbandstag kann später auf Grund der durch die Einführung geschaffenen übersichtlicheren Verhältnisse erneut dazu Stellung nehmen.

Den „prinzipiellen“ Gegnern von Unterstüttungseinrichtungen in den Gewerkschaften gegenüber noch etwas zu bemerken, erscheint notwendig. Dieselben Einwände, die heute gegen die Invalidenunterstüttung vorgebracht werden, haben wir seit Jahrzehnten gehört. Die Entwicklung der Gewerkschaften hat aber bewiesen, daß die Verbände mit den besten Unterstüttungseinrichtungen auch die besten Mitgliederzahlen haben. Die vielen Anträge an unsere Verbandstage sind doch, soweit sie den Ausbau der Unterstüttungen bezwecken, nur so zu bewerten, daß das Bestreben auf Unterstüttungsanspruch bei den Kollegen besteht. Die wesentliche Festigung unserer Organisation und das Ansteigen der Mitgliederzahlen ist doch erst eingetreten, als wir Unterstüttungen einführt. Tausende von Arbeitern sind aber heute in Unterstüttungskassen der verschiedensten Art. Neben ihrer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften halten sie die Mitgliedschaft in Vereinen aufrecht, ohne daß sie ihre Gesinnung dazu treibt, sondern nur, weil sie Unterstüttungen erhalten. Das nutzen ja auch die Unternehmer aus. Sollten wir nicht versuchen, alle diese Arbeiter in den Gewerkschaften zu erfassen und ihnen das Gleiche oder noch mehr zu bieten?

Wenn uns aber auch durch die Einführung der Invalidenunterstüttung es gelingt, die Fluktuation in der Organisation einzudämmen, dann machen wir sie ja widerstandsfähiger gegen brutale Scharfmachermethoden. In diesem Sinne erfüllen wir dann auch wieder den Hauptzweck der Organisation, nämlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Unterstüttungen sind alle bei uns nur Mittel zum Zweck. Wer das nicht begreift, der kennt nicht die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und die heutigen Verhältnisse. Mancher Angriff der Unternehmer wird unterbleiben, wenn wir eine innerlich gefestigte und dadurch nach außen starke Organisation schaffen. Unser Kampf wird erleichtert und darum, Kollegen, alle Mann an die Urne zur Urabstimmung und jeder, der sich nicht von dem kleinlichen Gesichtspunkt der Beitragserhöhung zurückgeschreckt fühlt, der stimmt für die Einführung der Invalidenunterstüttung im Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.



die zur Verschlechterung der Abfahrlage führen könne. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Nach unserer Meinung könnte die Verschlechterung der Wirtschaftslage wesentlich aufgehalten werden, wenn die oben geschilderte Preisentwicklung einen andern Weg gegangen wäre.

Arbeitslohn und Unternehmenseinkommen. Das Konjunkturinstitut glaubt feststellen zu können, daß das gesamte Arbeitslohn in den letzten Monaten weiterhin gestiegen ist. Das Tempo habe aber gegenüber dem Frühjahr wesentlich nachgelassen. Nach der Statistik der Tariflöhne hat sich in der Zeit vom ersten Juli dieses Jahres bis zum ersten Oktober der Stundenlohn des gelernten Arbeiters um 0,8%, derjenige des ungelernen Arbeiters um 1,8% erhöht. Die Faktoren, Beschäftigung und Lohnhöhe, zugrundegelegt, ergeben sich Verhältniszahlen der Einkommensbewegung, die das Institut durch folgende Tabelle deutlich zu machen versucht:

Industrielles Lohnneinkommen im 1., 2. und 3. Vierteljahr.

	1927			1928		
1927 = 100	86,8	102,4	106,5	108,1	111,9	112,2
das gleiche Vierteljahr des Vorjahres = 100	127,3	136,6	135,2	118,8	109,2	105,3

Allgemein zeigt sich die Neigung, einer zunehmend dichteren Besetzung der höheren Lohn- und Gehaltsklassen. Nach dem Institut dürfte sich das Arbeitslohn im ganzen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um mindestens 5 bis 6% erhöht haben. Dabei dürfte aber nicht vergessen werden, daß gleichzeitig auch die Preise der Verbrauchsgüter gestiegen seien. Ferner sind die gesamten Lebenshaltungskosten um 1,3% höher als im Oktober 1927. Die Steigerung der Preise sog also einen Teil der höheren Löhne auf.

Erzüglich des Unternehmenseinkommens ist die Feststellung maßgebend, daß die Umsätze nur wenig gesunken sind. Die Preise haben sich eher erhöht. Somit dürfte das Einkommen der Unternehmungen sich in gleicher Höhe gehalten haben. Was das Vermögenseinkommen betrifft, so wird hierüber ausgeführt: „Das Dividenden- und Zinseinkommen fließt aus jahreszeitlichen Gründen in den Sommer- und Herbstmonaten nicht in gleichem Umfang wie in den ersten beiden Vierteljahren. Immerhin spricht die Bewegung des Aufkommens aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag — es war im dritten Vierteljahr dieses Jahres um rund 84% höher als im dritten Vierteljahr 1927 — dafür, daß das Vermögenseinkommen gegenwärtig nicht unbedeutend größer ist als vor Jahresfrist.“ — Das gleiche können die Arbeiter nicht von sich sagen.

### Eine Werftarbeiter-Konferenz

tagte am 28. November im neuen Volkshaus zu Bremen. Es waren Delegierte der organisierten Streikenden aus allen Werftorten sowie Funktionäre der beteiligten Verbände vertreten. Es wurde zunächst über den allgemeinen Stand des Lohnkampfes berichtet, wobei ein günstiges Ergebnis konstatiert werden konnte. Im Verlauf des achtwöchigen Kampfes haben verschiedene Besprechungen mit Vertretern der Arbeitgeberseite stattgefunden, wobei jene feststellen wollten, ob eine Basis für gemeinsame Verhandlungen gefunden werden könnte. Wenn bisher eine Möglichkeit hierfür nicht gegeben war, so ist der Ausbruch des Kampfes der nordwestdeutschen Industrie nicht ganz ohne Einfluß. Alle Lohn- und Tarifkämpfe finden gegenwärtig ihre Regelung durch den Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Wenn bei den Besprechungen die Werftarbeiter zu erkennen gaben, daß eine nochmalige Abstimmung unter den Streikenden über den letzten Schiedspruch heute ein anderes Ergebnis zeigen würde als Ende September, so ist ihnen in ganz bestimmter Form mitgeteilt worden, daß die Werftarbeiter unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen werden, daß vielmehr die 48-Stunden-Woche, die Vergütung der Ferien,

besonders lobend erwähnt zu werden. Daß das Motorrad in seinen verschiedensten Verwandlungsmöglichkeiten als Dreirad gezeigt wurde, versteht sich von selbst.

Die Ergebnisse der Autoausstellung beweisen unzweifelhaft, daß seit 1926, der letzten deutschen Autoausstellung, Riesenschritte erzielt wurden, daß die technische Gebrauchsfähigkeit der Wagen gestiegen und die Preise stark gesenkt worden sind. Die Resultate des Rationalisierungsprozesses traten hier sehr augenfällig in Erscheinung, zeigen aber auch, daß trotz der erzielten Erfolge die Arbeiterschaft der Autoindustrie nur eine geringe Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse erreicht hat und auch die Zahl der in dieser Industrie Beschäftigten nicht gesteigert werden konnte. 1925 waren in der gesamten Kraftfahrzeugindustrie 84 900 Personen beschäftigt, 1927 nur noch 73 000, obwohl 1925 nur 121 900 Fahrzeuge produziert wurden, 1927 dagegen 206 400. Das bedeutet, daß 1925 auf 100 Arbeiter 146, im Jahre 1927 aber 282 fertiggestellte Wagen entfallen. Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist mit Hilfe der technischen Einrichtungen auf beinahe das Doppelte gestiegen. Die Löhne sind in der gleichen Zeit um 12% gestiegen. 1925 wurde im Durchschnitt dem Arbeiter ein Jahreslohn von 2080 M gezahlt, 1927 dagegen 2390 M. In anerkennender Weise muß aber betont werden, daß die Autoindustrie als fast die einzige Industrie in Deutschland auch den Konjunkturden, den Käufer also, an den Rationalisierungsergebnissen durch ganz erhebliche Preisenkungen teilnehmen ließ. Ein Umstand, der der deutschen Autoindustrie gegenüber der des Auslandes überhaupt erst ausreichende Abnahme ihrer Produkte und somit Beschäftigung sicherte. Das angestrebte Ziel, dem Ausland in jeder Beziehung gleichwertig zu sein, um den Inlandsmarkt zu beherrschen und auch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig auftreten zu können, ist noch nicht in allen Teilen ganz erreicht. Im Interesse der Verbesserung unseres Verkehrs und somit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wäre es zu begrüßen, wenn man diesem Ziel bald näherkommen würde.

die Akkordfrage und die Lohnfrage der Zeitlöhner eine zufriedenstellende Regelung benötigen. Sofern auf Arbeitgeberseite der Wille auf Entgegenkommen in diesen Fragen vorhanden ist, sind die Gewerkschaften jederzeit zu Verhandlungen bereit. Im übrigen sei bekanntgeworden, daß einige Werften bereit sind, auf vorgenannter Grundlage einen friedlichen Schluß herbeizuführen. Diese sind aber heute noch in der Minderheit.

Bei den Berichten aus den einzelnen Werftorten kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß allerorts unter den Streikenden die größte Ruhe herrscht und daß sich gerade dadurch die Unternehmer in einzelnen Werftorten um so mehr beruhigen. Mit den verschiedensten Mitteln und den weitestgehenden Versprechungen hatten diese versucht, einen Teil der Facharbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Erfreulicherweise mit negativem Erfolg. In bezug auf Täuschung der Öffentlichkeit haben sich die vieler Unternehmer ganz was Besondere geleistet durch Massenversionen von Flugblättern, die von Lügen und Verleumdungen strotzen, auf denen weder Drucker noch Verleger angegeben war. Als Helfer in dieser Not hat sich wiederum die kommunistische Partei gezeigt, die, um ihren Mitgliederverlust etwas auszugleichen, sich als Vertreterin der Unorganisierten aufspielt und für diese eine Vertretung in der Streikleitung verlangt. Die kommunistische Partei in Hamburg verteilte täglich mindestens 10 verschiedene Flugblätter, die von den Streikenden nicht im geringsten beachtet werden.

Der Wille der Konferenz fand dann seinen Ausdruck in nachstehender Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 28. November in Bremen tagende, von Delegierten aller Werftorte besuchte allgemeine Werftarbeiterkonferenz nimmt den Situationsbericht der Zentralstreikleitung und der örtlichen Streikleitungen entgegen. Die Konferenz betont ihr Einverständnis mit allen von der Streikleitung im Verlauf des Werftarbeiterstreiks getroffenen Maßnahmen und spricht der Streikleitung ihr volles Vertrauen aus. Insbesondere widerspricht die Konferenz der von Werftunternehmerseite wiederholt geäußerten Auffassung, die streikenden Werftarbeiter seien gewillt, zu den Bedingungen des Schiedspruches die Arbeit aufzunehmen. Ein solches Ansinnen sowohl als auch eine erneute Abstimmung über den Schiedspruch lehnen die Streikenden mit aller Entschiedenheit ab. Unbeschadet der langen Dauer des Kampfes, wie auch unter Beachtung der von den Streikenden gebrachten und noch zu bringenden Opfer erklärt die Konferenz, daß die Werftarbeiter den unbeugsamen Willen haben, den Kampf weiterzuführen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Unternehmer gewillt sind, Verhandlungen zu tätigen, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen.“

Nach dieser Konferenz hat der Hamburger Schlichter erneut versucht, Einigungsverhandlungen in die Wege zu leiten.

### Aus unserm Beruf

Bremen. Die am 9. November im Volkshaus tagende sehr gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der einzuführenden Invalidenunterstützung in unserer Organisation. Der Referent, Bezirksleiter Buch, ging eingehend auf, bereits in anderen Organisationen bestehende Versicherungen dieser Art ein. 17 Verbände haben die Invalidenunterstützung eingeführt. Auch der Metallarbeiter- und Holzarbeiterverband haben sie in diesem Jahre beschlossen. Bisher sind in dem dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften, laut Jahrbuch 1927, 40% der eingezahlten Beiträge als Unterstützung an die Mitglieder wieder zurückgezahlt. In unserer Organisation beträgt dieser Satz 22%. Auf den eventuellen Einwurf, daß es Aufgabe des Staates sei, für die Invaliden zu sorgen, müsse er schon jetzt drauf hinweisen, daß der Staat die Arbeiter sind, da diese doch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden. Auf die Alters- und Invalidenversicherung des Reiches eingehend, erwähnte Kollege Buch, daß 9700 Beamte bei dieser beschäftigt sind und so ein großer Teil der Beiträge für die Verwaltung verbraucht werden muß. Es erhält ein Versicherter, der seit 1. Januar 1891 seine Beiträge entrichtet hat, 57 M monatlich an Alters- oder Invalidenrente, die nach den gezahlten Beiträgen zu niedrig ist. Der bei uns in der Vorlage vorgesehene Beitrag von 20 M kann deshalb so niedrig sein, weil die Verwaltungskosten ganz weggelassen oder nur sehr gering sein werden. Die Einführung der Invalidenunterstützung soll aber auch die Fluktuation der Mitglieder hemmen, um die vielen Kollegen, die wir alljährlich aufnehmen, an die Organisation zu fesseln. Zum Schluß erläuterte er die Satzungen der Unterstützung, die jedem Kollegen durch den „Maler“ bekannt sind.

In der Diskussion wurde von zwei Kollegen die Unterstützung im Prinzip abgelehnt. Der Obmann einer größeren Werkstoff erklärte, daß sie in ihrer Betriebsversammlung zu der Angelegenheit Stellung genommen hätten und die Kollegen grundsätzlich nicht dagegen sind, was er nach dem soeben gehörten Referat wohl noch in bestimmterer Form sagen dürfte. Persönlich sei er aber der Auffassung, daß die Unterstützungssätze etwas niedrig sind, auch könne der Beitrag höher sein, eventuell sogar gestaffelt, damit sich jemand auch höher versichern könne. Auch halte er es für richtig, wenn die Einrichtung nicht obligatorisch wäre. Von anderer Seite wurde aber darauf verwiesen, daß die Sache obligatorisch sein müsse und es mit 20 M Beitrag nach seiner Rechnung wohl zu machen sei. Im übrigen müsse man abwarten, bis die Sache mal ein paar Jahre gelaufen habe und man dann auf der vorliegenden Grundlage weiter aufbauen könne. In seinem Schlußwort betonte Kollege Buch daselbe, da die Sache völlig neu sei und gab auf die in der Debatte aufgeworfenen Fragen nähere Auskunft. Er wünschte, daß die Kollegen reflexlos an der Urabstimmung teilzunehmen und die Einführung dieser Unterstützung zur weiteren Stärkung unserer Organisation beitragen möge.

Leipzig. Am 4. November tagte eine Filialkonferenz der Filiale Leipzig. Den Jahresbericht gab der Kollege Braune. Innerhalb der Berichtsperiode habe sich ein er-

freulicher Fortschritt bemerkbar gemacht. Die Mitgliederzahl wie auch die finanzielle Entwicklung der Filiale beachtliche zu den besten Hoffnungen. Auch die meisten Zahlstellen haben sich gut entwickelt. Der Lehrlingsfrage müsse eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Rationalisierung habe auch vor unserem Beruf nicht halt gemacht, denn die Einführung der Spritzmaschinen ermögliche es, daß ein großer Teil Anstricharbeiten durch ungelernie Hilfskräfte ausgeführt werden. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß neben geeigneten hygienischen Schutzmaßnahmen auch darauf hingewirkt wird, daß derartige Arbeiten durch Kollegen ausgeführt werden, die volle Sachkenntnis besitzen. Er schließt seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Kollegen, nicht zu erlahmen im Dienst für die Organisation. Kollege Nagel erstattete den Bericht vom Verbandstag. Dieser sei ein besonders wichtiger für das Organisationsleben gewesen, da einschneidende Veränderungen des bisher Bestehenden zur Beratung standen. Die Frage des Reichsbeitrags, die organisatorische Entwicklung des Verbandes, das Fachblatt, die Einführung der Invalidenversicherung innerhalb des Verbandes und eine Reihe anderer wichtiger Punkte haben zur Diskussion gestanden. — Die von den Genossen Naphthal und Dr. Singheimer gehaltenen Referate sind rein instruktiv gewesen, doch haben sie trotz manchem Lehrreichen den Delegierten der Opposition Anlaß zur Kritik gegeben. Der Verbandstag hat sich weiter mit der Besetzung der Stelle für den Hauptvorstand des Verbandes zu beschäftigen gehabt, da der Kollege Streine diesen Posten niederlegt. An seine Stelle ist der Bezirksleiter des 7. Bezirks, Kollege Bag gewählt worden. Kollege Schrapf ergänzte die Ausführungen und geht besonders noch einmal auf die geplante Einführung der Invalidenversicherung ein. Kollege Vogt hält sodann einen instruktiven Vortrag über das Werden und die Verbreitung der Lehrlingsorganisation, die es ermöglche, auch heute schon, trotz mancherlei Schwierigkeiten, den jugendlichen Kollegen Nutzen zu bringen. Er faßt seine Ausführungen dahin zusammen, daß unbedingt durch gesetzliche Maßnahmen sowohl die Lehrzeit, als auch die Ferienfrage, der Jugendschutz und auch die Kostgeldbeihilfen eine Regelung erfahren müssen. Durch eine lebhafteste Aussprache zu diesen Referaten bekundeten die Delegierten, daß sie an dem Verbandsleben durchaus interessiert sind. Es wurde besonders anerkannt, daß die Leipziger Delegierten sachlich und objektiv den Willen der Leipziger Kollegen vertreten haben. Der Entwurf für die Invalidenunterstützung im Verband wird von der Mehrzahl der Redner abfällig kritisiert und empfohlen, bei der Urabstimmung mit nein zu stimmen. Nachstehende Resolution wurde von der Konferenz angenommen: „Die am 4. November tagende Filialkonferenz spricht ihren Delegierten zum Verbandstag ihr vollstes Vertrauen aus. Vor allem dafür, daß sie den Kollegen Hölzel für befähigt gehalten haben, das Amt eines 1. Vorsitzenden zu bekleiden. Dem Hauptvorstand, sowie den meisten Mitgliedern im Verband ist bekannt, daß wir im Prinzip dafür sind, daß auf Verbandstagen nicht die Angeestellten, sondern die im Beruf tätigen Kollegen vertreten sein sollten. Damit fällt der Vorwurf, der von Vorstandseite gemacht worden ist, daß die Leipziger Kollegen selbst den Kollegen Hölzel nicht für würdig befunden haben, sie auf dem Verbandstag zu vertreten, in sich zusammen. Den Vorwurf der „Kinderrei“ weisen die Kollegen zurück, denn wie auch der „Maler“ in Nummer 42 berichtet, hat der Genosse Naphthal selbst erklärt, daß die oppositionellen Kollegen rein sachlich geblieben seien.“

Nachschrift der Schriftleitung. Es stimmt durchaus, daß die 6 bis 7 Mitglieder starke kommunistische Fraktion in Stuttgart größtenteils anständig und vernünftig aufgetreten ist, so daß tatsächlich Genosse Naphthal den Kollegen Nagel für einen Sozialdemokraten hielt. — Der Bericht bestätigt ferner, daß man in Leipzig unsere Angeestellten für unwürdig hält, die Mitglieder auf einer Generalversammlung zu vertreten. Deshalb waren wir berechtigt, es festzusetzen, daß die kommunistische Fraktion einen solchen Angeestellten, der noch keine Generalversammlung gesehen hat, zum Verbandsvorsitzenden vorschlug. Das hat die Mehrheit dieser Kollegen auch im letzten Moment noch eingesehen und mit Ausnahme von 3 Mann für Kollegen Bag gestimmt. Wahrscheinlich wären aber überhaupt nur die zwei Leipziger Delegierten ihrem Parteifreund treu geblieben, wenn man den Vorschlag eines Wortes gewürdigt hätte. Dann wäre nämlich festgestellt worden, daß der also Gesessene seinerzeit unter der Parole, keine Unterstützungsanstaltungen, keine Angeestellten usw. einen neuen Zentralverband gründete, der es allerdings unter seiner glorreichen Führung und weil er keine Unterstützungen zahlte, außerhalb Leipzigs trotz größter Anstrengungen nur auf einige Duzend Mitglieder brachte; der traurige Rest wurde dann mit samt seinem Vorsitzenden Hölzel später von uns in Gnoden wieder aufgenommen. Einen so für alle Zeit diskreditierten Kollegen für einen besonderen Posten außerhalb Leipzigs vorzuschlagen, ist, wenn unserwegen keine Kinderrei, so jedenfalls noch etwas viel Schlimmeres. Wenn aber die Erinnerung an die ehemaligen Leipziger Zerplitterter (damals „Neublau“ genannt), etwas be-

weist, so dies: Nur eine Organisation mit guten Unterstützungsanstaltungen kann Bestand und Erfolge haben. Deshalb ist den Kollegen die Zustimmung zur Einführung der Invalidenunterstützung zu empfehlen.

Schwerin. (Zahlstelle P a r c h i m.) Nachdem unsere Zahlstelle im Jahre 1923 ein Opfer der Inflation und der dadurch hervorgerufenen Wirtschaftskrise geworden ist, mußten unsere ortsanfässigen Kollegen die bittere Erfahrung machen, daß ein zielbewußtes Vorwärtstreben ohne gefestigte Organisationsverhältnisse nicht möglich ist. Den Bemühungen einiger einsichtiger Kollegen ist es nun gelungen, die Zahlstelle wieder neu zu errichten. In der Gründungsversammlung erklärte Kollege H a r m s, Schwerin, den Zweck und die Aufgaben des Verbandes in vorbildlicher Weise. Er versand es, den Erschienenen den Nutzen geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse klar zu machen, worauf sich die zwölf anwesenden Kollegen sofort dem Verbands angeschlossen. In den darauf folgenden Tagen konnten auch noch einige weitere Kollegen aufgenommen werden, so daß die in Parchim Beschäftigten fast

restlos organisiert sind. Nun gilt es, an der Organisation festzuhalten, um auch hier die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich regeln zu können. Der jungen Organisation erblicke wir ein herzliches Glück auf!

### Berufsunfälle

Danzig. Einen Unfall mit Todesfolge erlitt der Kollege Wilh. Peters am 17. November im Betriebe der Firma Ruppenthal. In der früheren Kriegsschule war P. mit Ansehen von Farbenproben an einer Decke beschäftigt. Einer Unfalle mancher Kollegen folgend, soll P., auf der letzten Sprosse einer Trittleiter stehend, gearbeitet haben. Ein Fehltritt, ein Sturz auf dem Kopf war die Folge. Schwere Gehirnerschütterung wurde im Städtischen Krankenhaus festgestellt. Am 20. November trat der Tod ein, ohne daß P. nach dem Unfall wieder die Besinnung zurückerlangte.

### Aus den Arbeitsgerichten

Die erste Feuerprobe des kollektiven Arbeitsrechts. Das Landesarbeitsgericht in Duisburg hat am 24. November den Spruch des Arbeitsgerichts zum Schiedsgericht in der nordwestlichen Eisenindustrie aufgehoben und ein neues Urteil gefällt, daß der Arbeiterschaft recht gibt. Ueber die Bedeutung dieses Urteils erklärte Prof. Sinzheimer einem Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ unter anderem: „Der Schwerpunkt der ganzen Prozeßführung liegt in dem Gedanken, daß das Schlichtungswesen mit Rücksicht auf das Staatsinteresse unter keinen Umständen ausgeschaltet werden darf. Bei dem Angriff der Arbeitgeberseite handelt es sich nicht nur um einen formalen Einwand, sondern in Wirklichkeit um einen materiellen Angriff gegen eine wichtige Grundlage des ganzen Schlichtungswesens. Die prinzipielle Bedeutung des Urteils liegt in erster Linie in der Anerkennung der Gültigkeit des selbständigen Entscheidungsrechtes des Vorsitzenden der Schlichtungskammer. Das kollektive Arbeitsrecht hat seiner erste Feuerprobe zu bestehen, und wir dürfen es getreulich feststellen, daß sie diese bestanden hat. Man muß sich darüber klar sein, daß nicht allein um prozeßuale Rechtsentscheidungen, sondern um die Macht des Rechtsgedankens gerungen wird.“

### Eingekandt

Nochmals die Invalidenunterstützung. Im „Maler“ Nr. 42 fand man unter „Eingekandt“ zum ersten Male einen Artikel, der wohl die Auffassung mancher Kollegen wiedergegeben hat. Ich will hiermit den Artikel noch etwas ergänzen. Auch ich frage mit dem damaligen Einfender: „Warum werden uns keine genauen Unterlagen gegeben?“ Ich frage weiter: „Haben wir überhaupt Invaliden in unserm Verband?“ Es wird nur ein ganz kleiner Prozentsatz sein; denn die Kollegen, die vor Jahresfrist oder noch länger zurückliegend Invalide geworden sind, waren nicht in der Lage, ihren Verbandspflichten nachzukommen und nach den Satzungen wird, wer länger als 13 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand bleibt, gestrichen. Es ist weiter die Frage aufzuwerfen, wieviel Kollegen wir haben, die länger als 8 Jahre dem Verband angehören. Nach meiner Ueberzeugung nur 30 bis 35%; denn die Fluktuation tritt wohl in keinem andern Verband so in Erscheinung, wie in dem unserigen. Auch der Hinweis darauf, daß durch die Einführung der Invalidenunterstützung diesem Zustande entgegengewirkt werden soll, ist nicht stichhaltig; denn viele Kollegen sind gezwungen, sich selbständig zu machen. Besonders in den kleineren Orten — es wird aber auch in den großen so sein — kann die Beobachtung gemacht werden, daß die Kollegen über 45 Jahre nur noch in dringenden Notfällen vom Arbeitgeber eingestellt werden. Ich bin der Meinung, was andere Verbände tun, braucht nicht unbedingt auch von uns zu geschehen. Die Kollegen würden es vielmehr begrüßen, wenn die Verbandsleitung eine Vorlage zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung herausgebracht hätte; denn auch diese ist noch sehr verbesserungsbedürftig. So würde bei einer Herabsetzung der Karenzzeit von 60 auf 40 Wochen und bei eventueller Heruntersetzung der Unterstützungshöhe von 20% sehr wohl eine Beitragserhöhung zu begründen sein. Wie es jetzt ist, kann ein Kollege drei Winter arbeitslos sein, bis er seine Unterstützung voll erhält. Beweis: Der Kollege erhält im ersten Winter nichts, weil er noch nicht 60 Vollbeiträge entrichtet; im zweiten Winter erhält er von den ihm zustehenden 8 Wochen 7 Wochen, im dritten Winter die restlichen 8 Tage, um dann wieder 60 Wochen zu zahlen, um erneut unterstützungsberechtigt zu sein.

Auch ich rufe den Kollegen zu, es sich reiflich zu überlegen, ob sie der Einführung der Invalidenunterstützung zustimmen wollen.  
H. Jahnke, Landsberg.

Kollege Jahnke fragt, warum keine genauen Unterlagen gegeben werden. Darauf ist zu antworten, weil es die nicht gibt. Im übrigen ist dazu schon wiederholt das Notwendige gesagt worden. Kollege Jahnke ist auch sehr im Irrtum, wenn er glaubt, daß in unserm Verband keine Invaliden vorhanden sind. In dem Moment, in dem mit der Auszahlung der Invalidenunterstützung begonnen wird, werden sofort einige hundert Kollegen in den Genuß der Unterstützung kommen, die dann lediglich 1 Jahr wöchentlich 20 S., also insgesamt 10,40 M für die Invalidenkasse zahlen, um vielleicht noch Jahrzehnte monatlich bis zu 21 M Zuschuß zur staatlichen Rente zu beziehen. Nach unsern bisherigen Satzungen zahlt ein invalider Kollege den Vor-klassenbeitrag, also 20 S. wöchentlich, so daß gar keine Rede davon sein kann, daß die invalide gewordenen Kollegen ganz arbeitslos waren, ihre Mitgliedschaft anzufrechzuhalten. Wenn es crucht ist mit seiner Verbandsmitgliedschaft, kann diese stets aufrechterhalten; denn bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zahlt der Kollege nur 10 S. wöchentlich und bei Invalidität 20 S.

# FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

Es ist auch nicht richtig, anzunehmen, daß nur 30 bis 35% der Mitglieder dem Verband länger als 8 Jahre angehören; denn das Bild wird sich schon in einigen Jahren wesentlich verändert haben. Durch unsere Erhebungen ist bewiesen, daß die Mitglieder, die dem Verbande über 5 Jahre angehören, diesem auch in den meisten Fällen für immer treu bleiben, so daß sie im Laufe der Zeit auch in den Genuß der Unterstützung kommen können.

Kollege Jahnke setzt sich dann noch für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ein. Für die arbeitslosen Kollegen ist aber in viel besserer Weise gesorgt als für die Invaliden. Sie erhalten eine staatliche Unterstützung, deren Höhe weit über die eines Invaliden hinausragt. Dazu bekommen sie noch die Unterstützung des Verbandes. Wenn ein Arbeitsloser schon damit nicht existieren kann, wie soll es dann ein Invalide mit seinen geringen Einnahmen können? Es gibt zur Zeit keine Arbeiterschaft, die so der Hilfe bedarf, als die Kollegen, die nur noch zu einem Drittel erwerbsfähig sind, und weil diese Hilfe vom Staate allein nicht zu erwarten ist, müssen die Arbeiter zur Selbsthilfe übergehen. Im übrigen ist seine Berechnung falsch; denn alle bezogenen Unterstützungen, die über 60 Vollbeiträge zurückliegen, scheiden bei Feststellung eines neuen Unterstühtungsanspruchs aus, so daß zum Beispiel in dem von J. angeführten Fall der Kollege auch im dritten Jahr eventuell volle 8 Wochen Unterstützung beziehen kann.

Vom 2. bis 8. Dezember ist die 49. Beitragswoche  
Vom 9. bis 15. Dezember ist die 50. Beitragswoche

### Betrachtungen zur Einführung der Invalidenunterstützung.

Wie stehen wir zur Einführung der Invalidenunterstützung? Das ist heute die brennende Frage unter vielen Kollegen. Obwohl im „Maler“ schon öfters darauf hingewiesen wurde, ist es manchen Kollegen immer noch nicht klar, daß mit diesem Schritt eine weitere soziale Tat geschehen soll.

Betrachten wir uns einmal die Verhältnisse von früher, als das Versicherungswesen noch nicht so ausgebaut war wie heute. Dieses hatte oft große Not zur Folge. Traurig war es für die Kollegen, die Krankheiten und der Unternehmerwillkür preisgegeben waren. Wie sah es für sie im Alter aus? Jeder war seinem Schicksal selbst überlassen.

Gewiß ist nach jahrzehntelangem Ringen des Proletariats um bessere Lebensbedingungen vieles erreicht worden. Zu begrüßen ist die Einrichtung der Krankenkassen sowie das gesamte Versicherungswesen, durch die die größte Not von vielen Familien abgewendet wurde. Damit ist aber unsere Aufgabe noch nicht gelöst. Wollen wir weiteres Elend verhindern, wollen wir unsern alten Kollegen, die jahrelang für unsre Organisation gekämpft haben, eine Stütze in ihren Rubetagen sein, dann müssen wir selbst die Initiative ergreifen und unermüdet für das Wohl der Allgemeinheit arbeiten. Wir kommen zu keinem Ziele, wenn wir die Hände in den Schoß legen und alles dem Zufall überlassen oder wenn wir eine Besserung nur vom Staate erwarten.

Soll doch die Invalidenunterstützung neben dem Zweck, wohlthätig zu wirken, noch einen andern Charakter haben und ein immer festeres Band um die Mitglieder in unserer Organisation schmieden. Wir brauchen unbedingt die Kraft jedes einzelnen Mitgliedes, um unsern Gegnern im Kampf gewappnet gegenüberzustehen. Wir sehen täglich die schweren Kämpfe um Recht und Kultur vor Augen. Noch ist die Zersplitterung im Versicherungswesen groß, für deren Aufrechterhaltung die Unternehmer sich auch weiter einsetzen. Von diesem Gedanken getragen, hat unsre Stuttgarter Generalversammlung beschloffen, die Invalidenunterstützung ins Leben zu rufen. Möge jeder Kollege sein Teil dazu beitragen. Das Solidaritätsgefühl muß auch die, die heute und in absehbarer Zeit noch nicht den Vorteil davon haben, zwingen, für die Einführung der Invalidenunterstützung zu wirken. Die Mitglieder haben sich in der Zeit vom 4. bis 16. Dezember zu entscheiden. Ich hoffe, daß niemand den guten Zweck der neu zu schaffenden Einrichtung verkennt, der auch für seine Zukunft große Bedeutung hat. Am Abstimmungstage muß daher jeder Kollege die vorgelegte Frage mit „ja“ beantworten.  
Fr. R., Frankfurt a. M.

### Bekanntmachung

#### Vorsicht, Schwindler!

Mit einer Mitgliedskarte Nr. 19031 des Verbandes der Maler der Tschechoslowakei, Sitz Prag, hat sich ein Maler Janoherd in einer Reihe von Filialen Reiseunterstützungen erschwindelt. Er führt angeblich mehrere Legitimationen mit sich, so daß er vielleicht auch unter andern Namen auftritt.

### Literarisches

Urania, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beilagen „Soziales Wandern“, „Der Reis“, der Liebesgaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. Die „Urania“ kostet ohne Porto: Ausgabe A 1,60 M., Ausgabe B 2,25 M., Ausgabe C 3 M. Verlag Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H. Gena.

Das Buch enthält Reisebeschreibungen und Reisebeobachtungen der bekannten Verfasserin in einer so eigenartigen glänzenden Weise, daß die Lektüre dieses prächtigen Buches für den Leser ein hoher Genuß ist. Möge das Buch recht viele Leser, besonders aus den jugendlichen Kreisen, finden, es ist es wert.

Reich illustriert mit 87 künstlerischen Aufnahmen. Urania-Verlagsgesellschaft, Gena. Preis in halbdunnen 4,80 M., in Ganzleinen 5,50 M. — Das Buch enthält Reisebeschreibungen und Reisebeobachtungen der bekannten Verfasserin in einer so eigenartigen glänzenden Weise, daß die Lektüre dieses prächtigen Buches für den Leser ein hoher Genuß ist. Möge das Buch recht viele Leser, besonders aus den jugendlichen Kreisen, finden, es ist es wert. Wehwasser und Schwarzwasser. Die bestausgerüstete Expedition, die jemals New York verlassen hat, schreiben die amerikanischen Zeitungen, als Gordon MacCreagh und weitere sieben hervorragende Zeitgenossen nach Südamerika aufbrachen, um einen unbekanntem Fluß, einen sagenhaften See und tragische Indianerstämme zu entdecken. Das die „beste Ausrichtung“ großenteils aus Ballast bestand, erfährt man erst jetzt. MacCreagh enthält dies in seinem Buch „Wehwasser und Schwarzwasser“. Ein unvollständiger Bericht über zwei Jahre Abenteuer am Rio Beni und Rio Negro“ (mit 44 Abbildungen und einer Karte. Gebunden 8,50 M., in Leinen 10 M. F. V. R o d h a u s, Leipzig). Der originellsten Rechenhaft über eine Forscherfahrt, die sie geschrieben wurde. Der Autor schildert, wie sich acht hervorragende Gelehrte im Urwald streiten, während Einigkeit nottut. Creagh schafft ein halb arinendes, halb liebesvoll wästelndes, jedfalls aber ungemittelt heiteres Bild davon, wie es hinter den Kulissen einer naturgemäß aus wüchsenden Elementen zusammengesetzten großen Expedition zugeht. Das prächtige Buch wird allen, die Sinn für unfehligen „Sumor in allen Lebenslagen“ haben, manche frohe Stunde bereiten.

### Sterbetafel.

Danzig. Am 20. November starb nach einem Unfall unser langjähriges treues Mitglied Wilhelm Peters im Alter von 53 Jahren, er gehörte 28 Jahre unserer Filiale Danzig an.

Dortmund. Am 29. November starb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Kollege Paul Trenner im 48. Lebensjahr. Wir verlieren in dem Kollegen ein eifriges Verbandsmitglied.

Kassel. Am 8. November starb an Herzschwäche unser treues Mitglied Ludwig Rühl im Alter von 66 Jahren. — Am 17. November starb an Wasserlucht unser treues Mitglied Kaspar Wendel im Alter von 53 Jahren.

München. Am 2. November starb der Kollege Wilhelm Schäfer im Alter von 70 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 9. November starb der Kollege Karl Uebelacker im Alter von 81 Jahren nach längerer Krankheit.

Ehre ihrem Andenken!

## HOLZMACER

welcher schon in der Weichholz-Möbelbranche tätig war und in allen Maserungen, als auch im Schleiflack durchaus bewandert ist, wird für sofort oder später für dauernde Beschäftigung eingestellt. — Dreizimmerwohnung vorhanden.

Möbelfabrik Otto Schneider  
Straßgrüben-Bernsdorf O.-L.

### Achtung!

Dem Kollegen Walter Garbe, geb. am 25. März 1893 in Marbach, Buchnummer 41999, eingetreten am 18. Oktober 1925 in Chemnitz, ist auf der Arbeit sein Mitgliedsbuch gestohlen worden.

Jetzt erscheint neu von A-Z

## Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden  
Das größte volkstümliche  
Nachschlagewerk der Gegenwart  
mit über 900.000 Stichwörtern  
auf etwa 15.000 Seiten, über  
17.500 Abbildungen sowie 240  
Karten und Plänen.



Jetzt nur 5-7 1/2 Mark im Monat

Sichern Sie sich den ermäßigten Subskriptionspreis, er ist nur beschränkte Zeit gültig

Geben Sie Ihr altes Lexikon in Zahlung, es wird Ihnen jetzt — und nur beschränkte Zeit, wenn es mindestens vier Bände umfasst und nicht vor 1890 erschienen ist — gleichgültig aus welchem Verlag — in Anrechnung gebracht.

Sparen zwischen 50.- GM. und 120.- GM., wenn Sie sich jetzt entschließen.

Verlangen Sie noch heute von Ihrem Buchhändler oder direkt vom Verlag völlig unverbindlich und kostenlos den reichbebilderten Prospekt.

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG